

4. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts für das Jahr 2024

Antrag der Justizkommission vom 10. Juni 2025

KR-Nr. 163/2025

Ratspräsident Beat Habegger: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Justizkommission (JUKO): Anfang Juli 2025 wurde André Moser zum neuen Gerichtspräsidenten gewählt. Ich gratuliere ihm herzlich, wünsche alles Gute und möchte an dieser Stelle auch der vormaligen Gerichtspräsidentin Tamara Nüssle für die angenehme Zusammenarbeit danken.

Auch beim Verwaltungsgericht möchte ich einleitend auf die Geschäftslast eingehen, die beim Verwaltungsgericht hoch ist. Die Geschäftseingänge sind gestiegen und infolgedessen sind auch die Pendenzen angestiegen. Es ist davon auszugehen, dass die Pendenzen mit den gegenwärtigen Strukturen und Ressourcen bei gleichbleibender Geschäftslast in naher Zukunft nicht abgebaut werden können. Auch die durchschnittliche Verfahrensdauer ist von 5,3 auf 6,2 Monate gestiegen. Das Gericht ist somit stark gefordert und hatte noch nie eine derart hohen Pendenzenlast. Trotz der hohen Arbeitsbelastung war die Personalfluktuation erfreulicherweise erneut tief. Die Personalrekrutierung ist jedoch weiterhin eine Herausforderung, denn auch das Verwaltungsgericht ist vom Fachkräftemangel betroffen. Die Arbeitsplatzattraktivität muss durch gezielte Massnahmen sichergestellt werden.

Aufgrund der sehr hohen Pendenzenlast wurden verstärkt Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter eingebunden. Von ihnen wird erwartet, dass sie im Rahmen von circa 10 Prozent für das Verwaltungsgericht zur Verfügung stehen. Aufgrund des beruflichen Engagements wurden diese Erwartungen bedauerlicherweise nicht vollständig erfüllt. Die Justizkommission erwartet von den Ersatzmitgliedern den geforderten Arbeitseinsatz und sie wird ihn in Zukunft im Rahmen der fachlichen und persönlichen Eignungsprüfung noch mehr betonen.

Im Bereich der IT wirkt das Verwaltungsgericht an zahlreichen Digitalisierungsprojekten mit, so wirkt es beispielsweise zusammen mit den Staatsanwaltschaften und dem Sozialversicherungsgericht am Projekt «Helium» mit. Die Digitalisierungsprojekte sind für das Verwaltungsgericht mit einem hohen personellen Aufwand verbunden. Die Kommission begrüsst es, dass das Verwaltungsgericht die Ziele des Kantons im Bereich der digitalen Justiz aktiv mitträgt.

Nun möchte ich auch noch kurz auf die dem Verwaltungsgericht unterstellten Gerichte eingehen. Ich beginne mit dem Baurekursgericht. Am Baurekursgericht haben die neu eingegangenen Rekurse abgenommen. Auch die Zahl der Erledigungen und die Pendenzen sind gesunken. Die Arbeitslast am Baurekursgericht ist somit auf ein bewältigbares Mass gesunken. In personeller Hinsicht waren keine grossen Veränderungen zu verzeichnen. Angesichts des Fachkräftemangels ist auch das Baurekursgericht bemüht, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten.

Am Steuerrekursgericht ist die Anzahl der Geschäftseingänge leicht tiefer als im Vorjahr. Die Eingänge lagen deutlich unter dem Planwert von 550 Geschäften. Die Erledigungen haben im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen und die Anzahl Pendenzen konnte im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Die Justizkommission bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungs-, Baurekurs- und Steuerrekursgerichts für ihren Einsatz und ihre wertvolle Arbeit, und sie beantragt, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen. Danke.

André Moser, Präsident des Verwaltungsgerichts: Ich danke dem Präsidenten der Justizkommission für seine Ausführungen und der JUKO (*Justizkommission*) als Ganzes für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr und die Wertschätzung, die unserer Arbeit entgegengebracht worden ist. Wie erwähnt haben sich die Geschäftseingänge am Verwaltungsgericht im letzten Jahr erhöht auf mittlerweile über 1000 Eingänge. Zwar konnten wir gegenüber dem Vorjahr mehr Fälle erledigen, jedoch mit den Eingängen nicht ganz Schritt halten. Dies hatte, wie erwähnt, einen Anstieg der Pendenzen sowie eine Erhöhung der durchschnittlichen Verfahrensdauer zur Folge. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt, neben der generellen Zunahme der Eingänge, im veränderten Fallgut, welches spürbar aufwendiger geworden ist. Was die Pendenzen und die längere Verfahrensdauer betrifft, versuchen wir mit verschiedenen Mitteln Gegensteuer zu geben, indem wir beispielsweise die Geschäftslast durch eine Umteilung von Rechtsgebieten gleichmässiger auf die Abteilungen verteilen, das Potenzial der Ersatzrichtenden besser ausschöpfen und indem wir auch durch eine Änderung unserer Organisationsverordnung schlankere Strukturen schaffen und die Mitglieder stärker von administrativen Aufgaben entlasten.

Andere Faktoren können wir nur bedingt beeinflussen, wie beispielsweise den Umstand, dass die Struktur unseres Gerichts mit grossmehrheitlich lediglich teilsamtlichen Mitgliedern den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht wird. Der Fachkräftemangel auf Stufe der Gerichtsschreibenden wurde erwähnt, er ist ein weiteres Sorgenkind. Längere Verfahrensdauern bei unseren Kernthemen sind aber teilweise auch auf Fehlbelastungen bei verwaltungsrechtsfremden Materien zurückzuführen, wie das Straf- und Massnahmenvollzugsrecht. Sorge bereitet uns schliesslich, dass in der Gesetzgebung vermehrt in Betracht gezogen wird, den bewährten zweistufigen Instanzenzug auf eine Rechtsmittelinstanz zu verkürzen. Fehlt die Filterwirkung durch eine uns vorgelagerte Rekursinstanz, nimmt der Aufwand auf Stufe des Verwaltungsgerichts nicht ab, sondern im Gegenteil zu. Stand heute lässt sich demnach sagen: Mit den gegenwärtigen Strukturen und Ressourcen können die Pendenzen, bei gleichbleibend hoher Geschäftslast, in naher Zukunft nicht abgebaut werden.

Auf Seite der Justizverwaltung nehmen uns die Vorbereitungen der Digitalisierung sowie unser Liegenschaftsprojekt stark in Anspruch. Die Digitalisierung wird mit Inkrafttreten von «DigiLex» » (*Rechtliche Grundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr*) und der Verwendung der Plattform «justitia.swiss» nicht abgeschlossen sein. Um nahtlos und effizient digital arbeiten zu können,

braucht es auch die Folgeschritte, Stichwort «Helium». Dies wird uns voraussichtlich noch einige Jahre beschäftigen. Beim Liegenschaftsprojekt schliesslich wird es konkreter. Nach langen Suchbemühungen konnten wir bekanntlich eine geeignete Mietliegenschaft als Ersatz für unser sanierungsbedürftiges Gebäude finden. Im Berichtsjahr konnten wir den Mietvertrag abschliessen und die Planung des Mieterausbaus an die Hand nehmen. Für den Mieterausbau werden wir Ihnen bald einen Objektkredit unterbreiten. Beide Projekte, Digitalisierung und neue Gerichtsliegenschaft, sind wichtige Schritte, um das Verwaltungsgericht für die künftigen Herausforderungen zu rüsten.

Ich komme noch kurz auf das Baurekursgericht zu sprechen. Das Baurekursgericht verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr etwas geringere Eingänge. Auch die Erledigungen sind zwar leicht zurückgegangen, lagen aber über den Eingängen, sodass das Gericht weiter Pendenzen abbauen konnte. Auch beim Steuerrekursgericht lagen die Eingänge unter dem Vorjahreswert. Gleichzeitig vermochte das Gericht mehr Fälle zu erledigen, wodurch die Pendenzen auf einen im langjährigen Vergleich tiefen Wert gesenkt werden konnten. Auch konnte die Nettoverfahrensdauer reduziert werden. Auch das Baurekursgericht und das Steuerrekursgericht setzten sich im Berichtsjahr intensiv mit der Digitalisierung der Justiz auseinander, dies auch gerichtsübergreifend mit dem Verwaltungsgericht.

Ich bitte Sie, dem Antrag der JUKO zu folgen und unseren Rechenschaftsbericht zu genehmigen. Besten Dank.

Detailberatung

I.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich für das Jahr 2024 zuzustimmen.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt